

«Qualitätskrise des Journalismus»

Jon Pult führt im Nationalrat die Medienkommission und sieht den Journalismus in Gefahr. Nun brauche es Staatsgeld.

Interview: Francesco Benini

Sie sitzen erst seit 2019 im Nationalrat – und sind bereits Präsident der Kommission, die sich um Verkehrs- und Medienfragen kümmert. Bei den Medien stellt sich die grundsätzliche Frage: Sollen sie staatliche Hilfe bekommen, ja oder nein?

Jon Pult: Um eine öffentliche Finanzierung der Medien kommen wir nicht herum.

Warum?

Das Finanzierungsmodell des Journalismus stirbt. Es sinken die Erlöse aus den Abonnements, und die Werbeerlöse sind zu Google und Co. abgeflossen. Nun kann man nicht dasitzen und sagen: Diese Branche hat sich überlebt. Der Journalismus ist systemrelevant für die Demokratie. Die Medien sind die vierte Gewalt im Staat. Wenn man Schweizer Medien in genügender Qualität und Vielfalt will, braucht es eine öffentliche Finanzierung.

Die Medien investieren in ihre Onlineportale, führen die Kostenpflicht ein – und gewinnen neue Abonnenten.

Sie kompensieren damit die Einbussen nicht, die ihnen aus dem Verlust der klassischen Zeitungsabos entstehen. Und der Rückgang an Werbeeinnahmen ist dramatisch. Die Inserate kommen nie mehr zurück. Der Demokratie und der öffentlichen Debatte in diesem Land droht ein enormer Schaden.

Die Jahresabschlüsse der grossen Schweizer Medienunternehmen waren gut in den letzten Jahren.

Ja, aber wieso? Sparten sind profitabel, die mit Journalismus nichts zu tun haben. Stellenportale laufen zum Beispiel gut. Ein Unternehmen wie die TX Group verdient damit viel Geld – aber in den Journalismus investiert es nicht mehr; es werden Stellen abgebaut. Ein neues Modell tut not.

Welches?

Man könnte die Medientitel abtrennen vom übrigen Geschäft. Eine Zeitung wie der «Tages-Anzeiger» könnte in eine Stiftung überführt werden, die vom Bund Zuschüsse bekommt.

Herr Pult, die Schweizer Stimmberechtigten haben im Februar ein Paket abgelehnt, das Stützmassnahmen für die Medien vorsah.

Das Paket wurde abgelehnt, weil die Schweizerinnen und Schweizer kein Staatsgeld an Medienhäuser verteilen wollen, deren Aktionäre eine schöne Dividende bekommen – weil ebenjene Unternehmenssparten gut laufen, in denen es nicht um Journalismus geht. Wäre es allein darum gegangen: öffentliches Geld für professionell betriebenen Journalismus, ja oder nein? Die Zustimmung wäre klar gewesen. Die Menschen in diesem Land merken doch, unter welchem Druck der Journalismus steht. Sie registrieren, wie die Medien-



«Öffentliche Finanzierung der Medien»: SP-Vizepräsident Jon Pult. Bild: Andrea Zahler (Bern, 27. September 2022)

«Die Inserate kommen nie mehr zurück. Der Demokratie und der öffentlichen Debatte in diesem Land droht ein enormer Schaden.»

Jon Pult
Nationalrat SP

Shootingstar der SP

Jon Pult (37) zählt in der SP zu den aufstrebenden Kräften. Er ist Nationalrat seit 2019 und wurde heuer zum Präsidenten der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen gewählt. Die Kommission beschäftigt sich unter anderem mit Medienfragen. Pult ist Vizepräsident seiner Partei. Seine politische Karriere begann er in Graubünden, wo er im Kantonsparlament sass und die SP-Sektion führte. Pult studierte an der Universität Zürich Geschichte und Philosophie. Der schweizerisch-italienische Doppelbürger arbeitet neben der Politik als Kommunikationsberater. (chm)

vielfalt schwindet und sich überall Fake News ausbreiten.

Wollen Sie ein neues Medienpaket schnüren? Wie sähe es konkret aus?

Dank eines Postulats wird es eine Auslegeordnung geben mit verschiedenen Ansätzen. Zentral scheint mir, dass der Journalismus finanziert wird, nicht die Dividende der Medienhäuser. Zum Beispiel könnte sich die öffentliche Finanzierung an der Zahl der Journalisten orientieren, die ein Unternehmen beschäftigt.

Wenn der Staat die Medien alimentiert, kann er sie auch kontrollieren. Wollen Sie das: Medien, die dem Staat unkritisch gegenüberstehen?

Man muss natürlich garantieren, dass eine Einflussnahme ausgeschlossen ist. Wir kennen uns damit aus: Die dritte Staatsgewalt, die Judikative, ist zu 100 Prozent mit Steuermitteln finanziert. Ist sie darum abhängig von der Exekutive oder der Legislative? Nein. Man hat Gesetze gemacht, welche die Unabhängigkeit der Judikative garantieren. Warum soll das bei der vierten Staatsgewalt nicht auch gelingen? Ihre Unabhängigkeit scheint mir von einer anderen Seite gefährdet.

Nämlich?

Die Medien können es sich kaum leisten, die wenigen gros-

sen Inserenten, die ihnen geblieben sind, vor den Kopf zu stossen. Es gibt hier Abhängigkeiten, die grösser sind, als sie bei einer staatlichen Teilfinanzierung der Medien je sein können. Noch schlimmer sieht es aus, wenn Milliardäre mit politischen Absichten Medienkonglomerate besitzen.

Wenn Sie als Präsident der Medienkommission des Nationalrats die Schweizer Medienlandschaft einschätzen – zu welchem Urteil kommen Sie?

Die Finanzierungskrise führt auch zu einer Qualitätskrise des Journalismus. Das merkt man daran, dass immer mehr gute Journalisten in die Kommunikationsabteilungen des Bundes, der Verbände und Unternehmen wechseln. Als Politiker fällt einem auch auf, dass die Zahl der Journalisten sinkt, die sich in ihren Dossiers vertieft auskennen. Die Medienschaffenden müssen mehrere grosse Dossiers betreuen, sie müssen für Print und Online produzieren, stehen massiv unter Druck. Es fehlt ihnen schlicht an der Zeit, weil in den Redaktionen so viel gespart wird.

Die grossen Verlage wollen Geld von Google und Facebook – mit dem sogenannten Leistungsschutzrecht. Macht das Parlament mit?

Ich prüfe dieses Thema unvoreingenommen. Die Medienhäuser täuschen sich aber, wenn sie meinen, dass der Leistungsschutz alle ihre Probleme löst. Die Summen, die fliessen könnten, werden nicht riesig sein – und sie kämen praktisch nur grossen Unternehmen zugute. Das zeigen Erfahrungen im Ausland. Und der Widerstand gegen ein solches Gesetz wird gross sein, glaube ich.

Wieso?

Die Libertären sind hier prinzipiell gegen eine Regulierung. Dann gibt es auch Linke, die skeptisch sind, weil die Freiheit des Internets eingeschränkt werden könnte. Und die amerikanischen Techgiganten lobbyieren bereits jetzt dagegen an.

Letztes Thema: die SRG. Der Bundesrat hat angekündigt, dass er die Konzession der SRG enger fassen will: mehr Information und Kultur, weniger Unterhaltung und Sport. Ist das richtig?

Die Information muss das Herz der SRG sein. Aber für die Gebührenzahler und damit für die Reichweite der SRG ist es wichtig, dass Unterhaltung und Sport dazugehören. Die Leute wollen zu Recht nicht, dass Sport nur noch im Bezahlfernsehen zu sehen ist.

Warum werden die Online-Informationportale der SRG nicht geschlossen? Sie konkurrenzieren die Portale der Privaten, die eine Kostenpflicht eingeführt haben.

Es gibt auf den Portalen der SRG eine Beschränkung, was die Länge der Texte anbelangt. Mehr Beschränkung wäre nicht im Sinne einer informierten Bevölkerung und der Demokratie. Die privaten Medienunternehmen werden nicht stärker, wenn sie die SRG zu schwächen versuchen. Es wäre besser, wenn die Privaten mit der SRG mehr Kooperationen eingingen; das würde beiden Seiten und somit dem Medienplatz Schweiz nützen.

Die SRG steht bei weitem nicht mehr so gut da wie 2018, als «No Billag» klar abgelehnt wurde. Sehen Sie das auch so? Könnte die 200-Franken-Initiative der SVP angenommen werden? Nein. Wer hat 2018 am deutlichsten Nein gesagt zu «No Billag»?

Die Jungen.

Richtig. Die Jungen wie die Älteren merkten: Libertäre Extremisten wollten mit «No Billag» eine Schweizer Institution abwracken. Das hatte keine Chance. Was wird denn besser in der Schweizer Medienlandschaft, wenn man die SRG kaputt macht? Nichts. Darum wird das Volk auch den neuen Angriff abwehren. Zur medialen Souveränität des Landes gehören der Service public – und private Medien, deren Vielfalt nicht noch weiter abnehmen darf. Darum drängen sich eine Stärkung der SRG, mehr Kooperation und eine öffentliche Finanzierung des Journalismus auf.

Ständerat gibt zähneknirschend grünes Licht

Steuerreform Die Schweiz soll bei der Mindestbesteuerung von grossen Unternehmen mitziehen. Die OECD-Steuerreform stiess zwar im Ständerat nicht auf viel Begeisterung, war aber unbestritten. Ein Abseitsstehen der Schweiz wäre sinnlos, war der Konsens. Die Steuerreform, auf die sich die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geeinigt hat, sieht vor, dass schon ab 2024 grosse Unternehmen mindestens 15 Prozent Unternehmenssteuer bezahlen müssen. Geht es nach dem Bundesrat, soll die Schweiz möglichst rasch mitziehen. Im Juni stellte er den Entwurf zur Reform vor.

Im Ständerat waren die Pläne der Landesregierung unbestritten. Die Begeisterung hielt sich jedoch in Grenzen. «Wir sind ausgeliefert und machen hier mit», sagte Erich Ettlin (Mitte/OW). Würde die Schweiz nicht mitziehen, würden die Zusatzsteuern einfach in andere Länder fliessen, doppelte Alex Kuprecht (SVP/SZ) im Namen der Kommission nach. Die Ratslinke stellte das Projekt in einen anderen Kontext. Die Reform sei «ein kleiner Lichtblick» und schaffe «etwas mehr Steuergerechtigkeit», betonte Paul Rechsteiner (SP/SG).

Konkret fordert die Reform eine Mindeststeuer von 15 Prozent. Betroffen sind Unternehmen mit einem weltweiten Umsatz von mehr als 750 Millionen Franken. Laut Bund trifft das in der Schweiz auf 2200 Firmen zu. Der Löwenanteil davon, 2000, sind Tochtergesellschaften von ausländischen Konzernen, der Rest Schweizer Firmen. Für Firmen, deren Umsatz tiefer liegt, ändert sich nichts.

Die Steuerreform beschert der Schweiz jährliche Mehreinnahmen von schätzungsweise 1 bis 2,5 Milliarden Franken. Ursprünglich wollte der Bundesrat alle zusätzlichen Einnahmen den Kantonen überlassen. Nach Kritik in der Vernehmlassung entschied er, dass drei Viertel an die Kantone gehen und ein Viertel an den Bund. Die SP will, dass der Bund einen höheren Anteil erhält. Ein entsprechender Antrag von Paul Rechsteiner blieb jedoch chancenlos. (rwa)

Lotto

Schweizer Zahlenlotto
12, 17, 19, 20, 27, 30 Glückszahl: 2
Replay-Zahl: 1 Jokerzahl: 7 2 2 9 2 1
28.9.2022

Deutsches Zahlenlotto
4, 12, 13, 33, 44, 49 Super 6: 15 9 7 0 7
Superzahl: 6 Spiel 77: 4 6 2 9 6 4 5
28.9.2022

Österreichisches Zahlenlotto
5, 11, 19, 27, 30, 44 Zusatzzahl: 23
Joker: 9 19 8 2 1
28.9.2022

Euromillions
4, 20, 21, 34, 44 Sterne: 1, 3
2. Chance: 8, 12, 25, 41, 50
Super-Star: 0 5 2 6 J 27.9.2022
Alle Angaben ohne Gewähr